

Verschenkte Jahre

Netzpolitische Bilanz der Ära Merkel

In der Netzpolitik hinterlässt Angela Merkel einen Scherbenhaufen: Stockender Breitbandausbau, geflopte Verwaltungsmodernisierung, miserable IT-Sicherheit. Nur bei einem Thema ging es so richtig voran. Analyse eines Scheiterns.

Eines der berühmtesten Zitate von Angela Merkel lautet, dass „das Internet für uns alle Neuland“ sei. Man kann diese Äußerung aus dem Jahr 2013 in diesen Wochen wieder häufig lesen, sie fehlt in kaum einem Rückblick auf 16 Jahre Kanzlerschaft. Der damals auf einer Pressekonferenz neben Merkel stehende Barack Obama musste sich bei den Worten der deutschen Regierungschefin ein Schmunzeln wohl verkneifen, schließlich ging es gerade um den NSA-Überwachungsskandal. Technologische Führerschaft der USA, das war für Obama von Beginn an ein Kernprojekt seiner Präsidentschaft. Merkels Herangehensweise hingegen, das soll das Zitat heute meist verdeutlichen, gilt als uninteressiert, unbedarft, unambitioniert.

Als Angela Merkel 2005 Kanzlerin wurde, gab es weder Smartphones noch Social Media in ihrer heutigen Form. Man kann es aufgrund ihrer sedierenden Rhetorik leicht vergessen, aber die Regierungsjahre der CDU-Politikerin fallen in eine Phase massiver Umbrüche. Der Soziologe Zygmunt Bauman beschreibt unsere Gegenwart als Zeit des Interregnums¹: Die alte gesellschaftliche Ordnung ist für alle erkennbar abgelöst, doch eine neue ist noch nicht in Kraft. Diese Zeitenwende von epochalem Ausmaß hat nicht nur, aber auch mit der Digitalisierung zu tun. Vernetzung, Datafizierung, Automatisierung und der vereinfachte Zugang zu Wissen und Diskursen – die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte verändern unsere Welt von Grund auf.

Diesen Wandel zu gestalten gilt als eine der größten Herausforderungen des frühen 21. Jahrhunderts. Und Angela Merkel, auch darin sind sich die meisten Beobachter:innen dieser Tage einig, ist daran gescheitert. Jahr für Jahr sorgt die schlechte Platzierung Deutschlands in internationalen Rankings² zur Digitalisierung für Schlagzeilen. Wie ernst es um den digitalen Fortschritt im Land steht, haben zwischen faxenden Gesundheitsämtern und Schulen ohne Mailadresse spätestens in der Corona-Pandemie viele Menschen erfahren müssen.

Verwalten statt gestalten, moderieren statt regieren

Dabei hat Merkel in ihren Jahren als Kanzlerin immer wieder bewiesen, dass sie ein Gespür für gesellschaftliche Veränderungen hat und aus gesellschaftlichen Stimmungen auch gegen Widerstände politische Projekte formen kann. Die Energiewende ist ein Beispiel, die Abwehr von Geflüchteten an den europäischen Außengrenzen ein anderes.



Angela Merkel, Chancellor, Germany, EU2017EE Estonian Presidency, Photo: Annika Haas (EU2017EE), CC BY 2.0

Warum gelang ihr das nicht auch beim digitalen Wandel? Dass dieser im letzten Jahrzehnt zum gesellschaftlichen Megathema wurde, ist selbstverständlich auch ihr nicht verborgen geblieben. Immer wieder betonte die Naturwissenschaftlerin in Reden die große Bedeutung einer gelungenen Digitalisierung³. Sie kündigte dutzende Initiativen an, setzte zahlreiche Beratungsgremien ein, ließ mehrere Minister eine Digitale Agenda auflegen und rief zuletzt ein Digitalkabinett ins Leben. Und doch hinterlässt Angela Merkel einen Scherbenhaufen.

Ein naheliegender Erklärungsansatz ist der reaktive Stil der Kanzlerin. Nachdem sie 2005 als (neoliberale) Reformerin angetreten ist und dabei fast das Rennen um die Kanzlerschaft verloren hätte, hat sie von allzu großen Veränderungsambitionen Abstand genommen. Verwalten statt gestalten, moderieren statt regieren – das schien Merkels Credo. Wenn sie doch größere Projekte aufsetzte, dann erst auf mächtigen Druck von außen. Es war das Atomunglück von Fukushima, das sie zur Energiewende trieb. Es waren die brennenden Geflüchtetenunterkünfte und die stark fallenden Umfragewerte ihrer Partei, wegen der sie die humanistische Fluchtpolitik des Sommers 2015 gegen den EU-Türkei-Deal eintauschte.

Dieser ereignisgetriebene Druck fehlte in vielen Digitalfragen offenbar, zumindest bis zur Corona-Pandemie. Nehmen wir etwa die Modernisierung des Staates. Statt einem zentral koordinierten Vorgehen mit Modellprojekten im unmittelbaren Verwaltungsbereich des Bundes wurschtelten die Regierungen unter

Merkel jahrelang an Einzelprojekten herum. Während in Dänemark online geheiratet werden kann, scheitert hierzulande ein Versuch nach dem anderen. Oder die Projekte ziehen sich inschier Endlose.

Die Konsolidierung der Bundes-IT etwa ist schon heute ein Milliardengrab⁴. Nach fünf verlorenen Jahren musste der Prozess 2020 komplett neu aufgesetzt werden und kommt trotzdem nicht vom Fleck, einige Bereiche werden laut Innenministerium frühestens 2032 fertig modernisiert sein. Die elektronische Patientenakte soll nach mehr als einem Jahrzehnt Arbeit und Milliardenausgaben⁵ für die Gematik-Infrastruktur in diesem Jahr gestartet sein, nur nutzt sie niemand. Auch die digitalen Funktionen des Personalausweises sind bis heute ein Ladenhüter⁶. Und erinnert sich noch jemand an De-Mail⁷?

Die Liste ließe sich unendlich fortführen. „Es ist ja leider kaum mehr möglich, als Privatperson den Überblick über die Vielzahl der gescheiterten Digitalprojekte des Landes zu behalten“, fasste Sascha Lobo kürzlich treffend zusammen⁸.

Kupfer statt Breitband, weil die Telekom es so wollte

Vom Internet als Neuland sprach Angela Merkel zum ersten Mal im Jahr 2001, wenn auch in anderen Worten. Die frisch gewählte CDU-Vorsitzende besuchte damals die Büros des Internetkonzerns Yahoo in München und gab zu, dass die Politik beim Thema Internet noch „Nachholbedarf“ habe. „Auch wir werden in diesem Bereich eine kleine Bildungsoffensive brauchen“, so Merkel. Zu oft hinke die Politik den technischen Entwicklungen hinterher. Trotz der frühen Ankündigung: Diese Distanz zu allem Digitalen sollte Merkel in den nächsten 20 Jahren niemals aufholen.

Als Kanzlerin schlenderte sie später Jahr für Jahr über die IT-Messe CeBit in Hannover. Sie ließ sich von Unternehmen neue Produkte und Ideen vorführen, staunte und fragte interessiert nach, solange sie da war. Doch nachhaltig war ihr Interesse selten. Allerdings: Allein mit Desinteresse und Zögerlichkeit lässt sich Merks Scheitern nicht erklären. Ein zweites Erklärmuster zeigt sich beim Blick auf die Modernisierung der digitalen Infrastruktur. Denn am mangelnden Bewusstsein für die Bedeutung des Breitbandausbaus kann es nicht gelegen haben. Die schlechte Internetversorgung in weiten Teilen der Bundesrepublik sorgt schließlich bis heute nicht nur für jämmerliche Platzierungen im internationalen Vergleich, sondern auch für Frust bei der Kernklientel der CDU: der Wirtschaft. Wie soll sie digitale Dienstleistungen und Innovationen entwickeln, wenn die Menschen sie nicht abrufen können?

Bereits im Jahr 2013 versprach Merkel deshalb persönlich: 50 Mbit pro Sekunde für jeden Haushalt bis Ende 2018. Das galt damals schon als wenig ambitioniert, doch nicht einmal dieses Versprechen konnte die Kanzlerin einlösen. Und zwar bis heute nicht. Der Grund dafür liegt in der fehlgeleiteten Ausbaupolitik des Bundes. Weil die Kommunikationsnetze in Deutschland im Besitz privater Unternehmen sind, ließ die Bundesregierung ihnen beim Breitbandausbau lange Zeit freie Hand.

Vor allem ein Konzern mit besten Verbindungen in die Bundesregierung ging dabei lange einen Weg, der heute als klar gescheitert gilt: die Deutsche Telekom.

Statt frühzeitig und mit allen verfügbaren Mitteln moderne Glasfaserkabel zu verlegen, setzte der ehemalige Staatskonzern lange Zeit weiter auf Kupfer. Mit sogenanntem VDSL-Vectoring sollten die alten Leitungen aufgemöbelt werden. Bei diesem technischen Verfahren zur Verminderung von Störeffekten lässt sich die Übertragungsrates der Kupferleitungen in einem gewissen Maße steigern. Gefördert durch dem Konzern wohlgesonnene Entscheidungen der formell unabhängigen Bundesnetzagentur war das billiger und sorgte auch schneller für kurzfristige Erfolge.

Eine nachhaltige Lösung war das aber eben nicht⁹. Doch erst nach etlichen vergeudeteten Jahren wechselte die Bundesregierung den Kurs und entschied 2018, Vectoring nicht mehr zu fördern¹⁰.

Eine fatale Mischung

Es ist in diesem Fall also nicht so, dass Merkel nicht um das Problem gewusst hätte oder nicht an einer Lösung interessiert war – sie glaubte einfach nur viel zu lange den falschen Versprechen der falschen Lobbyisten. Und auch noch nach der Kurskorrektur überließ sie das Schlüsselressort für den Infrastrukturausbau Ministern von der CSU¹¹, und damit einer Partei, die es als größten Erfolg ihrer Politiker feiert, möglichst viele Fördergelder nach Bayern geschleust¹² zu haben. An vielen anderen Stellen hingegen kommen die Fördermillionen für den Breitbandausbau bis heute nicht an¹³.

Mangelnder Gestaltungswille und einseitige Offenheit für die falschen Interessenvertreter – es ist diese fatale Mischung, mit der sich ein Großteil von Merks netzpolitischer Misere erklären lässt. Denn gerade weil die Bundeskanzlerin es bis zum Schluss vermied, sich selbst tief in die Materie einzuarbeiten und unter Nutzung ihrer Richtlinienkompetenz Führung zu übernehmen, konnten Lobbyvertreter:innen eine besonders große Rolle spielen. Denn wo eine Regierung selbst keine Ideen und Ziele entwickelt, haben sie leichtes Spiel.

Unter Angela Merkel hieß das: Vor allem Lobbyist:innen aus Wirtschaft und Sicherheitsbehörden fanden zu Digitalthemen immer ein offenes Ohr. Denn die Digitalisierung betrachtete die CDU-Politikerin bis zum Schluss vor allem durch die Brillen der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik. Zivilgesellschaftliche Organisationen und andere Vertreter:innen gesellschaftlicher Interessen hatten es hingegen schwer¹⁴. Weitreichende Empfehlungen einer Enquete-Kommission zum Thema Internet und Gesellschaft etwa verschwanden in der Schublade.

Besonders deutlich wurde diese Schiefelage immer einmal im Jahr, wenn die Bundesregierung zum Digitalgipfel lud. Bei dem 2006 als IT-Gipfel ins Leben gerufenen Event kamen Merkel und andere hochrangige Regierungsvertreter:innen regelmäßig mit Wirtschaftsvertreter:innen zusammen, um über digitalen Fortschritt zu plaudern und Pläne zu schmieden. Die Zivilgesellschaft durfte höchstens Zaungast spielen¹⁵, nur in Ausnahmefällen durfte auch mal ein Gewerkschafter mitdiskutieren.

Am Ende doch die Erbin Helmut Kohls

Und damit zurück zum Thema Breitband: Dass der Vectoring-Kurs von Telekom und Verkehrsministerium scheitern würde, davor warnte die digitale Zivilgesellschaft¹⁶ Mitte der 2010er Jahre bereits seit langem. Ein Ausweg, um zumindest im öffentlichen Raum vernünftigen Netzzugang gewährleisten zu können, wären frei verfügbare WLANs gewesen, wie sie etwa die Freifunkbewegung seit Jahren organisiert. Doch diese Form der digitalen Nachbarschaftshilfe blockierte die Bundesregierung mit dem weltweit einzigartigen Rechtskonstrukt der WLAN-Störerhaftung¹⁷.

Es sorgte bis 2017¹⁸ dafür, dass hierzulande nicht die Verursacherin für Rechtsverstöße im Internet haftete, sondern diejenige, die anderen Internetzugang gewährte. Cafés, Kirchen und Geschäfte verzichteten aufgrund der Rechtsunsicherheit lange Zeit lieber darauf, andere Menschen von ihren WLANs profitieren zu lassen. Aufgrund des massiven Lobbydrucks der Urheberrechtsverwerter konnte dieser rechtliche Sonderweg erst nach etlichen Jahren und mehreren Anläufen¹⁹ korrigiert werden. Und selbst heute noch werden Menschen verurteilt²⁰, weil sie für die Vergehen anderer in ihren WLANs haften.

Dass in den 2010er Jahren überhaupt noch Kommunikationsnetze aus Kupfer die deutsche Infrastrukturlandschaft dominieren, geht übrigens auf Helmut Kohl zurück²¹. Der kassierte bei Amtsantritt Anfang der 1980er Jahre einen Beschluss der sozialliberalen Vorgängerregierung für einen 30-jährigen Glasfaser-Ausbau-Plan, mit dem die Bundesrepublik bis 2015 komplett an Glasfasernetze angeschlossen werden sollte. Der CDU-Politiker förderte stattdessen lieber Kabelfernsehen²². Mit dem Versagen beim Breitbandausbau erweist sich Angela Merkel dann also doch noch als Erbin ihres einstigen Mentors.

Nur bei einem Thema ging es richtig voran

Überhaupt: Helmut Kohl. Wer eine netzpolitische Bilanz von Merkels Regierungsjahren zieht, kann gar nicht anders, als an den Reformstau zu denken, den der andere Dauerkanzler Ende der 1990er Jahre hinterließ.

Gleichwohl sollte man nicht sagen, dass es unter Angela Merkel in der Netzpolitik überhaupt keine Bewegung gegeben habe. Bei einem Thema ging es nämlich ordentlich voran: dem Ausbau der staatlichen Überwachung. Gleich zweimal führte die Regierung Merkel die anlasslose Vorratsdatenspeicherung von Kommunikationsdaten ein²³, forcierte den Ausbau der Videoüberwachung²⁴ und erlaubte allen erdenklichen Polizeibehörden und Geheimdiensten, auf biometrische Daten zuzugreifen²⁵ und den Staatstrojaner einzusetzen²⁶. Merkel selbst trat zwar eher selten als sicherheitspolitische Hardlinerin auf, doch egal ob sie Thomas, Hans-Peter oder Horst hießen, die Innenminister von CDU und CSU konnten sich meist auf den Rückhalt der Kanzlerin verlassen.

Daran änderten auch diverse höchstrichterliche Urteile aus Karlsruhe und Luxemburg nichts. Tatsächlich wurde es in den letzten 16 Jahren zur Methode des Innenministeriums, an Überwachungsgesetze wie an eine Verhandlung auf dem Basar he-

ranzugehen: Erstmal formuliert man sie so weitgehend wie möglich – sollte es dann Verfassungsbeschwerden und höchstrichterliche Korrekturaufträge geben, kann man ja immer noch nachbessern. Vierzehn Überwachungsgesetze haute das Bundesverfassungsgericht der Regierung in den letzten 16 Jahren um die Ohren.

Auch die Koalitionspartnerinnen verhinderten das nicht. Immerhin hatte die Union zwölf Jahre die SPD an ihrer Seite, die weder Willens noch in der Lage war, sich dem Ausbau des Überwachungsstaates entgegenzustellen. Lediglich Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) leistete so etwas wie Widerstand. Als eine der letzten großen Bürgerrechtler:innen in der FDP verhinderte sie nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts Anfang der 2010er Jahre die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung. Oder genauer gesagt: Sie verzögerte sie.

Ihr Nachfolger Heiko Maas (SPD) brauchte nicht lange, um das für die Kriminalitätsbekämpfung weitgehend wirkungslose Überwachungsinstrument auf Geheiß seines Parteivorsitzenden 2015 wieder einzuführen. Noch bevor sie an den Start ging, wurde die VDS 2017 wieder ausgesetzt²⁷ – wegen verfassungsrechtlicher Bedenken.

Die massivsten innenpolitischen Verschärfungen seit der Zeit der RAF

Auch der größte Überwachungsskandal der letzten 30 Jahre fällt in Merkels Amtszeit. Als der ehemalige NSA-Mitarbeiter Edward Snowden²⁸ 2013 enthüllt, wie umfassend die Überwachung der Geheimdienste der USA und der anderen Five-Eyes-Staaten ist, erfährt die Öffentlichkeit, dass nicht nur die Kommunikation von Milliarden Menschen weltweit untersucht wird, sondern auch das Handy der Kanzlerin abgehört wird. „Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht“, zeigt sich Merkel öffentlich entrüstet.

Wenig später bringt ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss ans Licht, dass der deutsche Bundesnachrichtendienst ein erschreckendes Eigenleben entwickelt hat und tief in die Machenschaften der US-Dienste verwickelt ist. Unter anderem assistierte der Auslandsgeheimdienst dem großen Bruder aus Übersee beim massenhaften Mitschneiden der Kommunikation direkt am weltweit größten Internetknoten²⁹ DE-CIX in Frankfurt.

Die Enthüllungen konterkarieren die gezielte Unbedarftheit, mit der Merkel 2013 in ihrer Rede vom Neuland auf den NSA-Skandal reagierte. Die Aufsicht über den Geheimdienst liegt in der Zuständigkeit des Kanzleramts und damit direkt in ihrer Verantwortung. Dass der Überwachtungsausbau nicht etwa gegen Merkels Willen, sondern mit ihrem Segen geschieht, zeigt spätestens die Reaktion auf die neuen Erkenntnisse über den BND: 2017 legalisiert die Große Koalition mit einer neuen gesetzlichen Grundlage³⁰ im Wesentlichen das, was der Geheimdienst zuvor jahrelang illegal gemacht hat. Außerdem werden seine finanziellen Mittel erhöht: Seit den Snowden-Enthüllungen hat sich das Budget des BND mehr als verdoppelt.

So trägt Angela Merkel die Verantwortung für die massivsten innenpolitischen Verschärfungen seit der Zeit der RAF³¹. Das ist für eine konservative Kanzlerin nicht eben verwunderlich. Erstaunlich ist vielmehr, dass Merkel am Ende ihrer Amtszeit selbst bei vielen Linken die Aura einer liberalen oder gar progressiven Politikerin hat. Dass ausgerechnet eine in der DDR aufgewachsene Politikerin die Geheimdienste hochrüstet, hat ihrem Image nicht geschadet. Zu weit weg ist das Thema Überwachung für viele Menschen, um sich dauerhaft empören zu können.

Hausgemachte IT-Unsicherheit

Dabei ist die Kehrseite dieser einseitigen Innenpolitik für viele Menschen täglich spürbar: Der Staat kommt seinem grundrechtlichen Schutzauftrag für die IT-Sicherheit der Bürger:innen nicht vernünftig nach. Als etwa der Krypto-Trojaner Wannacry, den Kriminelle aus dem digitalen Waffenarsenal der NSA³² entwendeten konnten, im Frühjahr 2017 Krankenhäuser und Bahnhöfe lahmlegte, versetzte dies die Republik in Aufregung. Inzwischen gehören solche Meldungen zur Tagesordnung. Weder die Systeme von Unternehmen noch die des Bundestages sind ausreichend geschützt. In der Bevölkerung herrscht Verunsicherung, die Digitalwirtschaft schätzt den volkswirtschaftlichen Schaden sogenannter Cyber-Angriffe auf mehr als 200 Milliarden Euro jährlich³³.

Doch der Staat wird das Problem nicht in den Griff bekommen, solange staatliche Stellen ein Interesse daran haben, dass Sicherheitslücken in IT-Systemen nicht geschlossen, sondern gehortet werden. Bis heute ist das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik dem Innenministerium unterstellt, das die Kompetenzen der staatlichen Hacker permanent ausweitet und mit ZITIS ein eigenes Institut gegründet hat, um verschlüsselte Kommunikation besser brechen zu können³⁴.

Auch hier zeigt sich, wie fatal die Merkel'sche Mischung aus digitalem Desinteresse und einseitiger Offenheit für die Einflüsterungen mancher Lobby-Gruppen ist. Die Chefs der Geheimdienste und Sicherheitsbehörden sind mindestens einmal pro Woche zur Besprechung im Kanzleramt. Dass die Kanzlerin auch mal die Expertise des Chaos Computers Clubs angefragt hätte, ist hingegen nicht bekannt. Dass Angela Merkel in Fragen der IT-Sicherheit nie auf zivilgesellschaftliche Player ohne Eigeninteresse, sondern immer nur auf den staatlichen Sicherheitsapparat gehört hat, wird noch jahrelang für enormen Schaden sorgen.

Bürger:innen sollten Daten geben, nicht der Staat

Bei kaum einem Thema wird die Schlagseite von Merkels netzpolitischer Agenda so sichtbar wie in der Datenpolitik. Während die Bundeskanzlerin sich im Einklang mit Verbänden der Digitalwirtschaft immer wieder explizit dafür aussprach, persönliche Daten als Rohstoff zu betrachten und die Bürger:innen wiederholt zu mehr Freigiebigkeit aufforderte³⁵, hatte sie für offene Daten seitens des Staates wenig Liebe.

Bis heute gibt es im Bund kein Transparenzgesetz, das Behörden dazu verpflichten würde, den Bürgerinnen und Bürgern weitreichende Informationen proaktiv zur Verfügung zu stellen. Das kürzlich reformierte Open-Data-Gesetz enthält immer noch kei-

nen Rechtsanspruch auf offene Daten, sodass hier keine Fortschritte zu erwarten sind. Und vor Gericht kämpfen derzeit gleich mehrere Ministerien dagegen, dass sie die offiziellen SMS und Twiternachrichten ihrer Minister:innen zugänglich machen müssen.

Gleichzeitig schoss Merkel in ungewohnter Deutlichkeit gegen den Datenschutz für Bürgerinnen und Bürger. In den Verhandlungen um die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) der EU versuchte das Innenministerium mit dem Segen der Kanzlerin, Grundsätze des deutschen Datenschutzrechts zu verwässern. Auch als dieses Unterfangen scheiterte und die DSGVO 2016 inklusive solcher Maßgaben wie Zweckbindung und Datenminimierung verabschiedet wurde, gab sich Merkel damit nicht zufrieden. Trotz sich häufender Datenskandale, Stichwort Cambridge Analytica, schoss die Kanzlerin in Reden regelmäßig gegen den Datenschutz³⁶.

Teilweise übernahm sie dabei das Framing des Industrieverbandes Bitkom sogar wörtlich, etwa als sie ab 2016 ein *Ende der Datensparsamkeit* und ein neues Zeitalter des *Datenreichtums* ausrief. Sie wolle zudem künftig nicht mehr von *Datenschutz*, sondern lieber von *Datensouveränität* sprechen, verkündete sie in dieser Zeit³⁷. Sie habe gehört, das solle sie jetzt so machen, gab Merkel in einer Rede auf dem IT-Gipfel in der ihr eigenen unpräzisen Art zu Protokoll. Dass diese Parole vom Industrieverband Bitkom ausgegeben wurde, musste sie in diesem Setting nicht dazusagen.

Datenpolitik in der Sackgasse

Nun ist die Datenschutzgrundverordnung alles andere als perfekt, aber sie gilt fünf Jahre nach ihrer Verabschiedung weltweit als Goldstandard und als Grundstein eines europäischen Weges der Digitalisierung: Zwischen dem völlig enthemmten Überwachungskapitalismus der USA und dem staatlich gesteuerten Überwachungskapitalismus Chinas steht zumindest der Versuch einer grundrechtschonenden Regulierung. Wer auf dem digitalen Binnenmarkt der EU agieren möchte, muss sich unabhängig vom Sitzland an die hier geltenden Regeln halten. Dass die Bundeskanzlerin trotz der Verabschiedung des Mammutgesetzes weiter dagegen agitierte, will so gar nicht zum Image der nüchternen und ideologiefreien Politikerin passen.

Ins Bild passt dann jedoch, dass die Bundesregierung sehenden Auges auf das Chaos rund um das Wirksamwerden der DSGVO im Mai 2018 zulief³⁸. Der Industrieverband Bitkom hatte lange vorher gewarnt, dass sich ein Großteil der Unternehmen im Land noch nicht auf das neue Datenschutzrecht eingestellt habe. Doch statt hier aufzuklären, mit hilfreichen Werkzeugen unter die Arme zu greifen oder mit Standards und Zertifizierung für Orientierung zu sorgen, beließ Merkel es bei rhetorischen Angriffen.

Diese Grabenkampfmoralität führte zu einer Dauerblockade in der Datenpolitik: Lange Jahre gab es weder Impulse, wie Daten zum Wohle der Gesellschaft besser genutzt werden könnten, noch wurde der Datenschutz weiterentwickelt. Die vom Lobbying der Datenindustrie³⁹ aufgehaltene ePrivacy-Reform etwa, mit der die EU schon lange das Cookie-Chaos im Netz aufgeräumt haben wollte, ist bis heute nicht verabschiedet⁴⁰.

Erst in ihrer letzten Amtszeit fand das Kanzleramt zu einer realistischen Datenpolitik, was allerdings weniger an der Bundeskanzlerin als an ihrem neuen Kanzleramtschef und Digital Koordinator Helge Braun gelegen haben dürfte. Eine von der Bundesregierung eingesetzte Datenethikkommission schrieb der Bundesregierung eine Kurskorrektur ins Stammbuch und machte dutzende Vorschläge zur Weiterentwicklung des Datenschutzes⁴¹. Von denen ist bis heute zwar keiner umgesetzt, in der 2020 beschlossenen Datenstrategie der Bundesregierung⁴² ist jedoch ein Paradigmenwechsel zu beobachten: Datenschutz wird nicht mehr als Hemmnis, sondern als Voraussetzung für die Verwertung von Daten beschrieben. Außerdem soll der Staat nun doch zum Vorreiter werden und mehr Daten über sein eigenes Handeln öffentlich zur Verfügung stellen.

Die scheidende Kanzlerin dürfte froh sein, dass es nicht mehr sie ist, die die Umsetzung dieser Ankündigung zu verantworten hat.

Schluss mit Neuland

„Wer gibt schon gerne zu“, soll Angela Merkel bei ihrem Yahoo-Besuch im Jahr 2001⁴³ gefragt haben, „dass er in diesem Bereich oft noch Analphabet ist?“ Irgendwann hat sie offenbar entschieden: ich. Ich bin so jemand. Mehr noch: Sie hat entschieden, dass sie ihre Distanz zu allem Digitalen in den nächsten 20 Jahren wie eine Monstranz vor sich hertragen würde. Noch im Jahr 2018 hat Merkel deshalb ihre Neuland-Metapher in anderen Worten wiederholt. Wegen des „Shitstorms“, den sie 2013 kassiert habe, wolle sie das Wort selbst nicht mehr in den Mund nehmen, sagte die Kanzlerin auf dem Digitalgipfel. Und doch sei das Internet „undurchschrittenes Terrain“⁴⁴.

Die Schritte in das unbekannte Digitale, das für so viele Menschen längst schon Alltag ist, Angela Merkel wollte sie bis zum Ende ihrer Kanzlerschaft nicht gehen. Abwarten, moderieren, verwalten – das gilt vielen als der richtige Politikstil für die Krisen der letzten Jahre. Der digitale Wandel aber hätte gestaltet werden müssen.

Sowohl Yahoo als auch die CeBit sind heute verschwunden und auch Angela Merkel ist als Kanzlerin bald Geschichte. Dass all die Reden vom Aufholen und dem „jetzt aber wirklich Ernst machen“ am Ende überwiegend Ankündigungen blieben, dass die Infrastruktur marode ist und Digitalisierung heute oft gleichbedeutend mit Verunsicherung, dass der Reformstau lang ist und die ungelösten Konflikte zahlreich, all das ist ihr netzpolitisches Erbe. Eine fatale Mischung aus Desinteresse, Visionslosigkeit und

einseitiger Offenheit für die falschen Interessenvertreter:innen zieht sich wie ein Muster durch ihr Wirken.

Wer auch immer die Netzpolitik der nächsten Jahre bestimmt, sollte aus Angela Merkels Fehlern lernen. Es braucht jetzt echten Gestaltungswillen. Es braucht einen Blick auf die Digitalisierung, der sie nicht auf Sicherheits- und Wirtschaftspolitik verengt, sondern als Gesellschaftspolitik begreift. Und es braucht eine Netzpolitik, die alle im Blick hat und in der nicht nur wenige Gehör finden.

Quelle: <https://netzpolitik.org/2021/netzpolitische-bilanz-der-aera-merkel-verschenkte-jahre/>

Anmerkungen

- <https://de.wikipedia.org/wiki/Interregnum>
- <https://www.handelsblatt.com/politik/international/standortwettbewerb-drittletzte-von-20-staaten-frankreich-und-italien-haengen-deutschland-bei-der-digitalisierung-ab/27569412.html?>
- <https://archiv.cdu.de/artikel/merkel-digitaler-wandel-wie-industrielle-revolution>
- <https://netzpolitik.org/2021/it-konsolidierung-des-bundes-pleitenserie-ohne-ende/>
- <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/epa-elektronische-patientenakte-101.html>
- <https://www.ccc.de/system/uploads/225/original/ccc-stellungnahmeID.pdf>
- <https://netzpolitik.org/2015/de-mail-das-tote-pferd-wird-weitergeritten-wieviel-das-kostet-soll-geheim-bleiben/>
- <https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/nora-e-rezept-und-id-wallet-deutschland-ist-das-digitale-schild-a-b1c6458f-4857-4449-beab-fff8b683484e>
- <https://netzpolitik.org/2017/vectoring-ausbau-der-telekom-deutschland-fuehrt-in-die-sackgasse/>
- <https://netzpolitik.org/2018/kanzleramt-klare-absage-an-kupfer-beim-breitbandausbau/>
- <https://netzpolitik.org/2018/nun-offiziell-bundesrechnungshof-zerpflueckt-ex-minister-alexander-dobrindt/>
- https://twitter.com/ARD_BaB/status/1436349189823385605
- <https://netzpolitik.org/2020/immer-noch-bleiben-viele-foerdermittel-liegen/>
- <https://netzpolitik.org/2018/altmaier-baer-und-braun-ueber-daten-schutz-redet-die-regierung-am-liebsten-mit-der-industrie/>
- <https://netzpolitik.org/2015/it-gipfel-bundesregierung-diskutiert-gesellschaftlichen-wandel-mal-wieder-fast-nur-mit-unternehmen/>
- <https://www.tagesspiegel.de/themen/breitbandausbau-in->

Ingo Dachwitz

Ingo Dachwitz ist Kommunikationswissenschaftler und seit 2016 Redakteur bei netzpolitik.org. Er schreibt und spricht über Datenpolitik, Überwachungskapitalismus und den digitalen Strukturwandel der Öffentlichkeit. Ingo gibt Workshops für junge und ältere Menschen in digitaler Selbstverteidigung und lehrt an Universitäten zur politischen Ökonomie digitaler Medien. Außerdem moderiert er Veranstaltungen und Diskussionen, etwa auf der re:publica oder beim Netzpolitischen Abend in Berlin. Ingo ist Mitglied des Vereins Digitale Gesellschaft sowie der sozialetischen Kammer der EKD und berät kirchliche Organisationen bei der digitalen Transformation. Kontakt: Ingo ist per Mail an ingo@punkt1dachwitz.de oder ingo@netzpolitik.org (PGP-Key⁴⁵) erreichbar und als [@roofjoke](https://twitter.com/roofjoke) auf Twitter unterwegs.

- deutschland/schnelles-internet-die-bundesregierung-verkennt-wie-innovation-entsteht/12584478.html
- 17 <https://netzpolitik.org/2015/netzrueckblick-die-stoererhaftung-eine-einfuehrung/>
 - 18 <https://netzpolitik.org/2017/wlan-gesetz-bundestag-schafft-stoererhaftung-endlich-ab-ermoeglicht-aber-netzsperrern/>
 - 19 <https://netzpolitik.org/2016/kommentar-zur-stoererhaftung-rechtssicherheit-sieht-anders-aus/>
 - 20 <https://freifunkstattangst.de/2021/10/25/verurteilung-der-alten-dame-vom-lg-koeln-bestaetigt/>
 - 21 <https://netzpolitik.org/2018/danke-helmut-kohl-kabelfernsehen-statt-glasfaserausbau/>
 - 22 https://www.deutschlandfunk.de/zehn-jahre-nach-ende-des-briefmonopols-die-gelbe-post-im.724.de.html?dram:article_id=407169
 - 23 <https://netzpolitik.org/2015/vds-im-bundestag-reaktionen-aus-presse-politik-ngos-und-verbaenden/>
 - 24 <https://netzpolitik.org/2017/bundestag-beschliesst-ausbau-der-videoeueberwachung-kennzeichen-scanner-und-bodycams-fuer-die-bundespolizei/>
 - 25 <https://netzpolitik.org/2017/im-gesetz-zum-elektronischen-personal-ausweis-versteckt-sich-ein-automatisierter-abruf-fuer-geheimdienste/>
 - 26 <https://netzpolitik.org/2021/bundespolizeigesetz-grosse-koalition-einigt-sich-auf-staatstrojaner-einsatz-schon-vor-straftaten/>
 - 27 <https://netzpolitik.org/2017/bundesnetzagentur-keine-strafe-wenn-provider-vorratsdaten-nicht-speichern/>
 - 28 <https://netzpolitik.org/tag/edward-snowden/>
 - 29 <https://netzpolitik.org/2014/eikonal-wie-der-bnd-der-nsa-zugang-zum-internetknoten-de-cix-schenkte/>
 - 30 <https://netzpolitik.org/2016/warum-alle-gegen-das-bnd-gesetz-sind-ausser-der-bundesregierung/>
 - 31 <https://netzpolitik.org/2017/chronik-des-ueberwachungsstaates/>
 - 32 <https://www.zeit.de/digital/internet/2017-05/wannacry-microsoft-nsa-hackerangriff-usa-regierung>
 - 33 <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/cyber-angriffe-wirtschaftschaden-1.5374489>
 - 34 <https://netzpolitik.org/2018/36-millionen-euro-zitis-baut-supercomputer-zur-entschlueselung/>
 - 35 <https://netzpolitik.org/2018/merkel-in-davos-initiative-neue-soziale-datenmarktwirtschaft/>
 - 36 <https://netzpolitik.org/2016/angela-merkel-auf-den-medientagen-datenschutz-stoert/>
 - 37 <https://netzpolitik.org/2016/angela-merkel-hat-gehört-dass-sie-datenschutz-jetzt-datensouveränität-nennen-soll/>
 - 38 <https://netzpolitik.org/2018/datenschutzgrundverunsicherung-danke-merkel/>
 - 39 <https://netzpolitik.org/2017/eprivacy-die-lobbymacht-der-datenindustrie/>
 - 40 <https://netzpolitik.org/2020/online-tracking-womöglich-letzte-chance-fuer-die-eprivacy-verordnung/>
 - 41 <https://netzpolitik.org/2019/regierungsberaterinnen-fordern-strengere-regeln-fuer-daten-und-algorithmen/>
 - 42 <https://netzpolitik.org/2021/datenstrategie-der-bundesregierung-die-richtung-stimmt-aber-der-weg-ist-noch-weit/>
 - 43 https://www.t-online.de/digital/id_89878396/cdu-jahrestag-vor-20-jahren-erklarte-angela-merkel-nachholbedarf-in-sachen-internet.html
 - 44 <https://www.facebook.com/ZDFheute/photos/das-internet-im-jahr-2018-nicht-mehr-neuland-aber-doch-noch-nicht-durchschritten/10157011092460680/>
 - 45 <https://keys.openpgp.org/search?q=ingo.dachwitz%40netzpolitik.org>



Alexander Fanta

Eine Insiderin, die es besser machen will

Enthüllungen über Facebook sorgen für globale Schlagzeilen. Dahinter steht eine Frau, die jahrelang von innen heraus auf Veränderung gedrängt hatte. Erst als Frances Haugens Rufe ungehört verhallen, ging sie an die Öffentlichkeit.

Irgendwann zu Jahresbeginn 2021, als die USA und der Rest der Welt mit der Corona-Pandemie kämpfen, fasst Frances Haugen einen Entschluss. Die Facebook-Mitarbeiterin kopiert heimlich zehntausende Seiten an interne Dokumente des Konzerns. Papiere, die zeigen, wie die stöckerische Wirkung seiner Produkte durch gezielte Werbung dagegen getan hat. „Ich habe bei Facebook eine systematische Art tun und ich muss genug davon mitnehmen, so dass niemand daran zweifeln kann, dass das real ist“, sagt Haugen später¹.

Die Enthüllungen aus Haugens Papieren sorgen für Schlagzeilen auf der ganzen Welt. Am 13. September veröffentlicht das Wall Street Journal die erste Geschichte daraus. Sie enthüllt, dass Facebook Millionen von Promis von seinen Regeln ausnimmt² – ein Privileg, das von Politiker:innen wie Donald Trump schamlos missbraucht wurde.

Es folgen weitere Schlagzeilen, weitere Enthüllungen zahlreicher Medien – die Facebook Papers. Aus ihnen geht hervor, dass Facebook über Hassbotschaften und Aufrufe zur Gewalt gegen muslimische Minderheiten in Indien Bescheid wusste, aber nichts unternahm³. Oder, dass Facebook trotz interner Warnun-

erschieden in der Fiff-Kommunikation,
herausgegeben von Fiff e.V. - ISSN 0938-3476
www.fiff.de



Frances Haugen, Facebook whistleblower, gives evidence to the UK Parliament, Foto: UK Parliament 2021/ Annabel Moeller, CC BY-NC-ND 2.0

gen muslimische Minderheiten in Indien Bescheid wusste, aber nichts unternahm³. Oder, dass Facebook trotz interner Warnun-